

Der Bürgermeister

**Bürgermeisterbereich
Pressestelle**Pressesprecherin
Britta StöweTelefon
(03334) 64 - 152
Telefax
(03334) 64 - 154Hausanschrift
Breite Straße 41 - 44
16225 Eberswaldee-Mail
b.stoewe@
eberswalde.de
(nur für formlose
Mitteilungen ohne digitale
Signatur)Internet
www.eberswalde.de

MEDIENINFORMATION

Nr. 309/09 vom 01. Dezember 2009

Betriebsbedingte Kündigungen nicht vom Tisch

ver.di lehnt Verlängerung des „Haustarifvertrages“ weiterhin ab

Seit Juli 2009 versucht die Stadt Eberswalde die Gewerkschaft ver.di zur Aufnahme von Tarifverhandlungen zu bewegen, damit der bei der Stadtverwaltung bestehende „Haustarifvertrag“ bis zum 31.12.2012 verlängert wird. Am gestrigen Montag (30.11.2009) fand nun endlich das angestrebte erste Gespräch statt. Es wird vermutlich bis auf Weiteres das letzte bleiben, da die Gewerkschaft bei ihrer ablehnenden Haltung zur Verlängerung des Haustarifvertrags bleibt.

Zunächst haben die Vertreter von Stadtverwaltung und Gewerkschaft in sachlicher Atmosphäre ihre Argumente ausgetauscht. Ausführlich erörtert wurden Haushalts- und Personallage der Stadt Eberswalde. Im Ergebnis teilte die Gewerkschaft mit, dass sie bei ihrer ablehnenden Haltung zur Verlängerung des Haustarifvertrages bleibe. Es könne nicht hingenommen werden, dass 20 Jahre nach der Wende immer noch keine gleichen Löhne und Gehälter für Ost und West gelten. Und schließlich hätten auch westdeutsche Kommunen Finanzprobleme, könnten aber nicht auf Haustarifverträge zurückgreifen. Die Ungleichbehandlung in Ost und West müsse aufhören. Im Übrigen seien die Voraussetzungen für die Verlängerung des Haustarifvertrages in Eberswalde nicht gegeben. Dass man in Eberswalde einen breiten Konsens dazu erzielt habe, sei leider nicht ausreichend. ver.di könne deshalb darauf keine Rücksicht nehmen.

Den Abschluss von „Haustarifverträgen“ in den neuen Bundesländern ermöglicht der übergeordnete Tarifvertrag zur sozialen Absicherung (TVsA). Gemäß dessen § 3 Abs. 1 kann die wöchentliche Arbeitszeit abgesenkt werden, wenn sonst betriebsbedingte Kündigungen drohen. Die ver.di-Vertreter verwiesen auf die Vorbemerkungen zum TVsA, wonach zur Beschäftigungssicherung Umstrukturierungen erforderlich seien. Solche hätte die Stadt Eberswalde weder in Erwägung gezogen noch seien sie erkennbar. Es gäbe jedenfalls keine entsprechenden Stadtverordnetenbeschlüsse. Sollte die Stadt - so die ver.di-Vertreter weiter - zum Beispiel den Zoo schließen, den Bauhof privatisieren oder vor der Altersteilzeit stehende Verwaltungsmitarbeiter in den Einsatzdienst der Feuerwehr umsetzen müssen und würden daraus betriebsbedingte Kündigungen drohen, dann wäre das Kriterium der „Umstrukturierung“ erfüllt.

Da die Stadt ein solches Szenario bis zum Jahresende nicht mehr durchsetzen könnte, sehe die Gewerkschaft keine Möglichkeit zur Verlängerung des Haustarifvertrages. Schließlich drohten die betriebsbedingten Kündigungen ja erst 2011. Deshalb wolle man sich auch erst dann oder wenn sich die Tarifvertragslage ändert wieder mit der Stadt an einen Tisch setzen.

Die Gewerkschaft will nach eigenem Bekunden den TVsA nicht verlängern. Wie die Tarifverhandlungen 2010 ausgehen, ist ungewiss. Es ist deshalb zum jetzigen Zeitpunkt mehr als wahrscheinlich, dass „Haustarifverträge“ im Jahre 2011 nicht mehr abgeschlossen werden können. Die Stadt wollte deshalb den bestehenden Tarifvertrag (TVsA) nutzen und sieht sich in ihrer Eile bestätigt.

Die Verwaltungsspitze hatte gemeinsam mit den Beschäftigten gleich auf die Verlängerung des Haustarifvertrages gesetzt, um die Mitarbeiter nicht unnötig mit betriebsbedingten Kündigungen zu bedrohen, indem sie einzelne Verwaltungsteile zur Disposition stellt. Der diesem Bemühen zugrunde liegende Solidaritätsgedanke wird durch die Gewerkschaft nicht honoriert. Denn dass ohne Verlängerung des Haustarifvertrages Umstrukturierung angegangen werden müssen und betriebsbedingte Kündigungen drohen, erschließt sich jedem, der die Haushaltslage der Stadt Eberswalde auch nur ein bisschen kennt. Ohne konkretes Bedrohungsszenario keine Verhandlungsgrundlage – so lässt sich das Gespräch vom gestrigen 30.11.2009 zusammenfassen.

Die Gewerkschaft bemängelte darüber hinaus, dass die Stadt Eberswalde ihre Sparpotenziale nicht ausgeschöpft habe. So seien Kürzungen bei freien Trägern nicht hinreichend geprüft worden, und auch die Ausgaben für Wirtschaftsförderung seien unsinnig. Dass mit letzterem Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten und die Wirtschaftsbasis der Stadt Eberswalde für die Zukunft gelegt werden sollen, reiche nicht als Argument.

Da damit alle Chancen für eine Verlängerung des Haustarifvertrages durch die Gewerkschaft ver.di bis auf Weiteres vertan wurden, sucht die Verwaltungsspitze nach anderen Wegen, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Die durch das Auslaufen des Haustarifvertrages entstehenden Personalmehrkosten von jährlich 650.000 € müssen durch sonstige Maßnahmen aufgefangen werden. Bis auf Weiteres können keine neuen externen Stellenausschreibungen durchgeführt, keine Krankheitsvertretungen finanziert und auch keine Auszubildenden übernommen werden. Die Personalentwicklung wird damit zum Zufallsprodukt.

Betriebsbedingte Kündigungen lassen sich damit allerdings noch nicht ausschließen. Es handelt sich vielmehr um erste Notmaßnahmen.

Die Verwaltungsspitze wird in den nächsten Wochen mit den Beschäftigten und den Stadtverordneten darüber diskutieren, wie mit der Ablehnung der Gewerkschaft ver.di umzugehen ist.